

Verbesserung beim Kautionsfonds

Provision, Kaution, Siedlungskosten, Mobiliar – die Neuanmietung einer Wohnung kostet sehr viel Geld. Deshalb hat die Stadt Graz 2010 auf Initiative von **Elke Kahr** einen Kautionsfonds eingeführt, um Mieterinnen und Mieter zu unterstützen. Dieser wird nun verbessert: Das städtische Wohnungsamt hilft mit 1.000 Euro.

Alle Grazerinnen und Grazer, die am privaten Wohnungsmarkt eine passende Wohnung gefunden haben, aber Unterstützung bei den Wohnungs-Einstiegskosten benötigen, können um eine Unterstützung aus dem Kautionsfonds ansuchen. Die Unterstützung wird bis zu einem Betrag von 1.000 Euro direkt an den Vermieter überwiesen und nach Beendigung an das Wohnungsamt zurückgezahlt. So fallen für die Stadt keine hohen Kosten an.

Bei der Gewährung eines Kautionsbeitrages handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt. Nach dem Grazer Vorbild hat auch das Land Steiermark eine ähnliche Unterstützung eingeführt, diese ist aber in kleinen monatlichen Raten zurückzuzahlen.

„Der verbesserte Kautionsfonds steht allen Grazerinnen und Grazern offen. Mit der Unterstützung kann unkompliziert bei den Wohnungseinstiegskosten geholfen werden“, erklärt die Bürgermeisterin.



„Mit dem Kautionsfonds werden die Grazerinnen und Grazer bei den Wohnungseinstiegskosten unkompliziert unterstützt“, erklärt Bürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ).

FOTO: MARIA ZIEGLER, UNSPLASH

Wohnen ist Preistreiber Nummer 1

Seit Jahrzehnten sind die Wohnkosten der größte Preistreiber in Österreich. Eine neuerliche Anhebung der Mieten nach nur zwei Monaten bedeutet nicht nur für hunderttausende Haushalte eine zusätzliche finanzielle Belastung, sie verschärft auch die allgemeine Teuerung. „Ein Mietpreisstopp ist jetzt das Gebot der Stunde. Eine neuerliche Erhöhung der Wohnkosten ist nicht mehr zumutbar. Ich kann nur an

Bundesregierung und Nationalrat appellieren, weiteren Mieterhöhungen einen Riegel vorzuschieben und einheitliche leistbare Obergrenzen für Mieten einzuführen“, so Kahr.

Keine Mieterhöhung in städtischen Wohnungen

In den über 4.300 Gemeindewohnungen, die sich im Besitz der Stadt befinden, wurde bereits die im April erfolgte Indexerhöhung um 6 Prozent ausgesetzt. Auch die neuerliche Erhöhung wird nicht an

die Mieterinnen und Mietern weitergegeben.

Das ist in den Übertragungswohnungen der Stadt Graz zwar nicht möglich, allerdings gibt es dort die Möglichkeit einer Mietzinszuschlagung. Dadurch wird gewährleistet, dass niemand mehr als ein Drittel des Einkommens für Wohnkosten ausgeben muss. Dadurch sollen die Mieterinnen und Mieter entlastet werden, die durch steigende Energiepreise großem finanziellen Druck ausgesetzt sind.

Grippe-Impfung – im Gesundheitsamt mit Sozialcard kostenlos



FOTO: PIXABAY

Die Grippe-Impfaktion des Landes Steiermark hat auch in der Impfstelle der Stadt Graz begonnen. Die Aktion läuft solange der Vorrat reicht bzw. bis spätestens 27. Jänner 2023. „Die Grippe-Impfung ist bei Vorlage der Sozialcard seit heuer kostenlos“, freut sich Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ).

Der empfohlene Zeitpunkt, sich gegen Influenza impfen zu lassen, ist Oktober und November. Weil sich der Grippevirus jedes Jahr verändert, sollte die Impfung jährlich vorgenommen werden. Besonders ältere Menschen, chronisch Kranke und immungeschwächte Personen sollten sich gegen Grippe impfen lassen.

Um einen geordneten Ablauf sicherzustellen, bittet das Gesundheitsamt, unter graz.at/grippeimpfaktion einen Termin zu vereinbaren. Telefonisch können Sie einen Termin unter 0316 872-3233 reservieren. Geimpft wird von Montag bis Freitag zwischen 8 und 13 Uhr. Der Zugang zur Impfstation Amthaus erfolgt über die Kaiserfeldgasse 12.

Mitzubringen ist ein Impfpass, die E-Card, die Sozialcard, ein Kugelschreiber und genügend Bargeld (falls keine Sozialcard vorhanden). Das Tragen einer FFP2-Maske ist im Gesundheitsamt verpflichtend. Weitere Infos über Kosten und Impfstoffe finden Sie unter: graz.at/grippeimpfaktion



Neue Drehleitern für die Grazer Berufsfeuerwehr



FOTO: BERUFSFEUERWEHR GRAZ

Die derzeitigen Drehleiterfahrzeuge der Berufsfeuerwehr haben gute Dienste getan, sind aber in die Jahre gekommen.

Bereits seit 24 Jahren befinden sich die Drehleiterfahrzeuge der Berufsfeuerwehr Graz im Dienst. Aufgrund des Alters und der vielen Betriebsstunden kommt es immer wieder zu größeren Reparaturen und damit zu hohen Wartungskosten und nicht vorhersehbaren längeren Ausfallszeiten. Damit sich die Grazerinnen und Grazer weiterhin auf eine bestmögliche Hilfe im Brandfall verlassen können



und auch die Sicherheit für die Mannschaften gewährleistet ist, hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, drei neue Drehleitern anzuschaffen. „Zusammen mit den Löschgruppenfahrzeugen bildet ein Drehleiterfahrzeug das Herzstück jeder Löschbereitschaft“, weiß Finanz- und Feuerwehrstadtrat **Manfred Eber** (KPÖ). „Sie sind bei jedem Brandeinsatz als Fahrzeug der ersten Welle im Einsatz.“

Energiespartipps für das ganze Jahr

Nützliche Ratschläge, wie es im Alltag – das ganze Jahr über – gelingt, Energie und damit Kosten zu sparen, bietet eine neue Broschüre des Grazer Stadtblatts.

In der kostenlosen Broschüre finden sich einfach zu setzende Maßnahmen, welche die Folgen der hohen Energiepreise deutlich abmildern können, einen Beitrag zur Sicherung der Versorgungssicherheit für Energie leisten und mit dem Vorurteil aufräumen „Klimaschutz ist nur etwas für Reiche“.



BESTELLUNGEN AN
klub.kpoe@stadt.graz.at oder
0316 872-2151



Mit dem Telegram-Newsletter bekommen Sie alle Neuigkeiten der Grazer KPÖ und jeden Freitag alle wichtigen Infos der Woche unkompliziert auf Ihr Smartphone. Also: gleich abonnieren: t.me/kpoe_graz

Tierfreundlich die Taubenpopulation eindämmen

Auch in Graz gehören Tauben zum Stadtbild. Verunreinigungen durch Taubenkot sind nicht nur ärgerlich, sondern auch schädlich für die Gesundheit. Dementsprechend ist man vielerorts bemüht, eine zu starke Vermehrung der Taubenpopulation zu verhindern.

Um eine ungehinderte Vermehrung und damit einhergehende Probleme zu vermeiden, schlägt KPÖ-Tierschutzsprecherin **Daniela Katzensteiner** ein Taubenmanagement nach Vorbild der deutschen Stadt Augsburg vor. Dabei werden von Seiten der Stadt Taubenschläge zur Verfügung gestellt, die von Ehrenamtlichen betreut werden. Dort können sich die Tauben zum Brüten nieder-



FOTO: JULIA PRASSL

Nach dem tierfreundlichen Vorbild der Stadt Augsburg will Daniela Katzensteiner die Taubenpopulation in Graz eindämmen.

lassen. Die dort abgelegten Eier werden regelmäßig durch Attrappen ersetzt und die übrigen Nistplätze unzugänglich gemacht. Vorteil dabei ist, dass die Tauben sich nicht mehr auf

Balkonen niederlassen oder in großer Schar öffentliche Plätze bevölkern. Sie erhalten in den Taubenschlägen artgerechtes Futter und die Population wird konstant gehalten.

Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren

Das Europäische Parlament hat im Sommer eine Resolution beschlossen, welche die Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte fordert. EU-Länder sollen den Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibungsdiensten garantieren und Aktivist:innen politische Unterstützung zukommen lassen.

„Ein Schwangerschaftsabbruch ist auch in Österreich nicht legal, er wird allerdings innerhalb einer dreimonatigen Frist nicht strafrechtlich verfolgt. Um den Schwangerschaftsabbruch endgültig zu entkriminalisieren ist es notwendig, ihn außerhalb des Strafrechts zu stellen“, fordert



FOTO: JULIA PRASSL

Am International Safe Abortion Day (28.9.) standen Frauenrechte im Mittelpunkt

KPÖ-Gemeinderätin **Miriam Herlicska**.

Während in Österreich eine Abtreibung zumindest möglich ist, sieht es international ganz anders aus. In den letzten Jahren wurden die Hürden für sichere Schwangerschaftsabbrüche in vielen Ländern wie Polen oder Ungarn massiv er-

höht, in Malta ist ein Schwangerschaftsabbruch gänzlich verboten. Das führt vielerorts dazu, dass sich Schwangere zweifelhaften Prozeduren unterziehen, wodurch weltweit etwa 39.000 Frauen im Jahr sterben.

„Das Beispiel Ungarn zeigt, wie schnell sich die Situation verschlimmern kann, wenn es keine starken gesetzlichen Absicherungen gibt. Darum müssen Frauenrechte auch in Österreich gestärkt und Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert werden“, sagt KPÖ-Gesundheitssprecherin **Maika Manecke**. Im Gemeinderat haben ÖVP, NEOS und FPÖ gegen einen entsprechenden Antrag gestimmt.

KOMMENTAR



Liebe Grazerinnen und Grazer!

Die extrem hohen Energiekosten setzen allen zu. Natürlich sollte jeder Haushalt mit Strom und Heizung sparsam umgehen, das sollte selbstverständlich sein. Aber gelöst muss das Problem auf politischer Ebene werden, denn wenn Energie Mangelware wird, wird nicht nur der Alltag für immer mehr Menschen zum Problem, auch für die Arbeitswelt sind die hohen Preise längst zu einer schweren Belastung geworden. Die Deregulierungen und Privatisierungen von lebensnotwendigen Gütern wie Strom und Wärme haben sich ebenso wenig bewährt wie alle anderen Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Die Grundversorgung gehört in öffentliche Hand – bei der Gesundheit und Pflege ebenso wie in der Bildung, beim öffentlichen Verkehr und bei der Energie. Sonst sind wir dem „freien Markt“ ausgeliefert, ohne eingreifen zu können – oder der Staat muss auf Kosten einer immer höheren Verschuldung Geld in die Stützung von Tarifen stecken. Es wäre sinnvoller gewesen, das Geld in eigene Infrastruktur zu stecken und mehr Unabhängigkeit von Märkten zu erreichen, auf die die öffentliche Hand keinen Einfluss nehmen kann. Was wir jetzt erleben, sollte all jenen, die die Privatisierungen gar nicht schnell genug vorantreiben konnten, eine Lehre sein.

Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at



Kinderbetreuung: Stadt bereitet Verbesserungen vor

Der Personalnotstand in der elementaren Kinderbildung und -betreuung wird zu einem immer größeren Problem. In Graz melden sich schon Eltern zum freiwilligen Kindergartendienst, um eine Ganztagesbetreuung sicherstellen zu können. ÖVP-Stadtrat **Kurt Hohensinner** rechnet bis 2027 mit einem Wegfall von 1.400 Kindergartenplätzen in Graz.

„Es ist schon bezeichnend, dass sich die ÖVP dem Thema erst dann annimmt, wenn sie keinen Finanzstadtrat mehr stellt und das städtische Budget quasi ausgeblutet ist. Die KPÖ weist schon lange auf die prekäre Lage hin. Ebenso lange haben die politisch Verantwortlichen die Probleme ignoriert“, sagt KPÖ-Bildungssprecherin **Mina Naghibi**. Bereits 2016 hat die KPÖ einen zusätzlichen Ausbildungsstandort für Kindergartenpädagogik in Graz gefordert. Die Notwendigkeit zum Handeln hat Hohensinner



damals nicht gesehen. Er hat sogar wortwörtlich behauptet, „dass kein weiterer Standort für Graz notwendig ist“. Die bestehenden Standorte würden „die Nachfrage gut decken“, so Hohensinner damals.

„Seit Jahrzehnten waren Expertinnen und Experten sowie elementarpädagogisches Fachpersonal schon davor, dass der jetzige Ist-Zustand eintreten wird. Es ist wirklich beschämend, dass die Zuständigen in Land und Stadt so lange, bei so einem wichtigen Thema, weggeschaut haben. Jetzt braucht es schnelle Lösungen um die jahrelangen Verfehlungen zu korrigieren“, sagt Naghibi.

Nachdem das Land Steiermark künftig die Kosten für die Sozialstaffel in den Kinderkrippen übernehmen wird, werden im Stadtbudget Mittel frei. Sie sollen jetzt zielsicher für nachhaltige Verbesserungen in der Kinderbildung- und -betreuung eingesetzt werden.

Ein kleines grünes Zentrum für Liebenau

Ganz ehrlich: Wer nach dem Zentrum von Liebenau gefragt wird, denkt vielleicht an den Murpark – aber dann kommt auch schon nichts mehr, was einem einfallen würde. Das ist schade, denn Bezirkszentren sind wichtige Orte, mit denen sich Bewohner:innen identifizieren und sich dort treffen können sollen. Mit dem in der jüngsten Gemeinderatssitzung beschlossenen Bebauungsplan Raiffeisenstraße/Puntigamer Straße soll dem ein wenig entgegen gewirkt werden. Denn an dieser Stelle befand sich früher einmal das Zentrum von Liebenau. Und dort soll es auch wieder entstehen.

Das ist nicht nur im Flächenwidmungsplan so festgehalten. Das Ergebnis des Architekturwettbewerbs, den der Bau-träger für das Grundstück ausgeschrieben hat, sieht auch optisch und in der Funktion ein neues altes Zentrum vor. In den Erdgeschosszonen der Häuser darf nicht gewohnt werden. Dort kommen stattdessen

kleinere Geschäfte und eine Kinderbetreuungseinrichtung hinein. Für die Bewohner:innen des Bezirks wie für das Stadtklima gleichsam erfreulich ist, dass mit dem Neubau auf dem Grundstück kräftig entsiegelt wird. Die Gewächshäuser der ehemaligen Gärtnerei sind ja bereits abgerissen. Der Neubau, der auf dieser Fläche entstehen wird, ist wesentlich kleiner und lässt einen großen Abstand zum Petersbach, der sich dadurch in seinem Bett wieder besser entfalten kann. Die neu entstehenden Innenhöfe werden mit vielen Bäumen intensiv begrünt und zur Puntigamer Straße hin bleibt ein breiter Streifen frei, sodass dort ein ordentlicher Gehsteig mit Beschattung durch die zum Teil bereits bestehenden Bäume entstehen kann. „Der Bebauungsplan ist damit ein gutes Zeichen dafür, dass Bebauung auch etwas Positives sein kann, wenn sie nur vernünftig geplant wird“, erklärt KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther**.



(FOTO: GOOGLIEMAPS)

Frühwarnsystem für auslaufende Bescheide

Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen sind im Alltag oftmals gezwungen, viele Behördenwege auf sich zu nehmen. Diese setzen viel Geduld, Flexibilität und angeworbene Kenntnisse über die diversen Abläufe voraus. Hier verliert man schnell den Überblick, wann positive Bescheide wieder auslaufen.

Wird eine Frist um nur wenige Tage verpasst, kann sich die, in vielen Fällen ohnehin schon schwierige, finanzielle Situation

noch weiter verschärfen. KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich** fordert darum ein Frühwarnsystem für auslaufende Bescheide nach dem Behindertengesetz. Ähnliches gibt es bereits bei Ausnahmegenehmigungen beim Parken (Blaue und Grüne Zonenkarte), wo man frühzeitig vor Ablauf eine SMS erhält, um rechtzeitig eine Verlängerung beantragen zu können. Auch das Gesundheitsamt bietet bereits Erinnerungsservices für Impfauffrischungen an.



Gemeinderatssitzung am 20. Oktober

FÜR SIE BESCHLOSSEN

- ✓ **Kautionsfonds verdoppelt**
- ✓ **Neue Unterführung in der Peter-Tunner-Gasse**
- ✓ **Hochwasserschutz verbessert**
- ✓ **Städtische Pflegeheime: mehr Gehalt, mehr Personal, mehr Treue-Prämien**
- ✓ **Landwirtschaft Lustbühel wird künftig von der Stadt selbst bewirtschaftet – viele Neuheiten geplant**

KPÖ